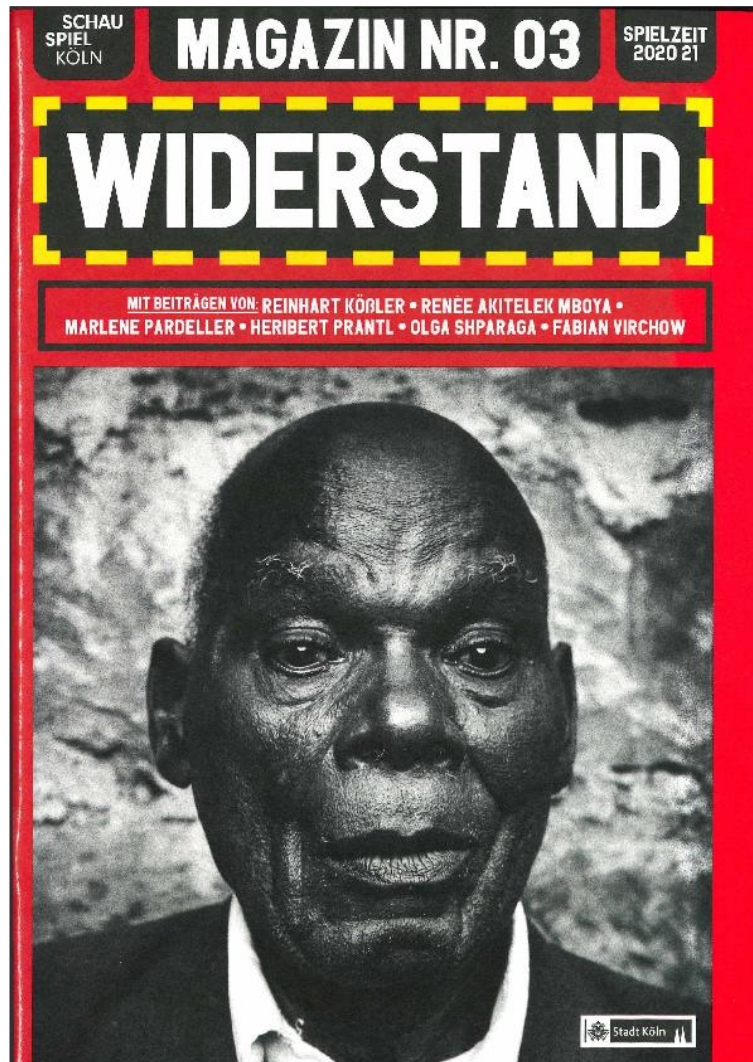


23. Juni 2021

Programmheft des Schauspiel Köln – Magazin Nr. 3





# WIDERSTAND - EINE INSZENIE- RUNG VON RECHTSAUßEN

**EIN BEITRAG VON FABIAN VIRCHOW**

**»WIDERSTAND! WIDERSTAND!« SCHALLT ES REGELMÄßIG AUF DEMONSTRATIONEN RECHTER GRUPPIERUNGEN UND ZUSAMMENSCHLÜSSE. FABIAN VIRCHOW, PROFESSOR FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN, ERKLÄRT, WARUM DIE POPULISTISCHE UND EXTREME RECHTE DEN BEGRIFF MIT HOHEM SYMBOLWERT FÜR SICH ZU VEREINNAHMEN VERSUCHT.**

In der darstellenden Kunst wird unter Inszenierung insbesondere das Einrichten und die öffentliche Zurschaustellung eines Werkes oder einer Sache verstanden. Auch in den Arenen der politischen Auseinandersetzung gehören Inszenierungen zum Alltag. Die populistische und extreme Rechte setzt bei der Inszenierung ihrer selbst vielfach auf performative Akte, wie beispielsweise öffentliche Demonstrationen oder Redebeiträge in den Parlamenten dieses Landes. Zentraler Teil solcher Inszenierungen sind Narrative, die sich an unter-

schiedliche Publika richten: die eigenen Anhänger\*innen, die politischen Gegner\*innen, mögliche Wähler\*innen, eine nicht näher bestimmte Öffentlichkeit. In diesen Erzählungen – manche füllen Hunderte Seiten zwischen zwei Buchdeckeln, andere kursieren in Form von Zeitschriftentexten – bietet die extreme und populistische Rechte ihre Weltdeutung an – über die Übel dieser Welt, deren Verursacher, aber auch über das von ihr angestrebte Gesellschaftsmodell und wie sie sich die Durchsetzung dieses Ziels vorstellt.

Die populistische und extreme Rechte setzt sich aus einer Vielzahl von Parteien, Verbänden, Institutionen, Medien, Gruppen und Einzelpersonen zusammen. Selbstverständlich gibt es unter ihnen Dissens hinsichtlich mancher Fragen; die brisantesten sind die nach der außenpolitischen Orientierung (Wie hält man es mit dem autoritären Putin-Regime?), nach der wirtschafts- und sozialpolitischen Programmatik (marktradikal oder sozial-chauvinistisch), sowie Fragen von Strategie und Taktik. Darunter fällt auch die Frage nach der

Anwendung von Gewalt.

Die Vielfalt der Akteur\*innen der populistischen und extremen Rechten weist zugleich große weltanschauliche Schnittmengen auf. Diese bestehen im völkischen Nationalismus, in der Ablehnung religiöser und sexueller Vielfalt sowie in dem Wunsch, dass die Nationalstaaten wieder vollständig souverän werden sollten. Mit einer solchen Zielsetzung werden dann auch internationale Abkommen des Gewaltverzichts hinfällig.

Im politischen Meinungskampf verdichten sich Weltdeutungen vielfach in Fahnenwörtern, die sprachliche Ausdrücke mit hoher Symbolkraft sind. Manche von ihnen sind zugleich Hochwertworte, die positive Emotionen und Zustimmung wecken sollen. Zu dieser Gruppe gehört beispielsweise das Wort »Freiheit«. In den Erzählungen der populistischen und extremen Rechten ist es quasi ein Versprechen auf die Zukunft, wenn erst die Verursacher\*innen der gegenwärtigen Misere entmachtet seien.

Weil eine solche Entwicklung jedoch nicht von selbst eintritt, ruft die extreme und populistische Rechte zum »Widerstand« auf. Das Wort ist deutlich ambivalenter als das Wort Freiheit; es transportiert verschiedene Konnotationen, die je nach konkretem Verwendungszusammenhang in den Vordergrund drängen: Entschlossenheit, Risiko, Opposition gegen die Obrigkeit, Konfrontation, Gewalttätigkeit, ...

In der extremen Rechten hat die Verwendung von »Widerstand« als Fahnenwort eine lange Tradition. Zu Beginn der 1970er Jahre wurde aus dem Kreis der NPD – ein Jahr zuvor war ihr Einzug in den Bundestag gescheitert – die »Aktion Widerstand« gegründet. Ihr Ziel war es, als außerparlamentarische Bewegung Druck auf die damalige SPD/FDP-geführte Bundesregierung zu machen. Diese sollte ihre auf Entspannung und Grenzankennung gerichtete Politik beenden. Der Hass auf führende Exponenten der Regierung wurde bei einer gewaltsamen Demonstration in Würzburg am 31. Oktober 1970 sichtbar, als Sprechchöre wie »Walter Scheel und Willy Brandt – Volksverräter an die Wand« und »Deutsches Land wird nicht verschenkt – eher wird der Brandt gehängt« erklangen.

Insbesondere seit den späten 1990er

Jahren wurde der Begriff »Nationaler Widerstand« zu einem vielfach verwendeten Slogan in der extremen Rechten. Er war hier mehr als Bezeichnung für eine organisationsübergreifende Sammlung gemeint, der sich auch einzelne Rechtsextreme zurechnen konnten, solange sie das gemeinsame Ziel teilten: die Beseitigung der demokratischen Grundlagen dieser Gesellschaft und die Errichtung eines an völkischen Grundsätzen orientierten Staates. Die Selbstverortung als widerständig diente zugleich der Inszenierung von Radikalität und damit der eigenen Aufwertung.

Die extrem rechte Erzählung über die Notwendigkeit von Widerstand hat seit Mitte der 2010er Jahre nochmals an Bedeutung gewonnen. Der Wunsch von Menschen, in Europa Schutz vor Krieg und Verfolgung oder schlicht ein besseres Leben zu finden, setzt sich in extrem rechter Weltdeutung in eine Verschwörungserzählung um. Ihr zufolge werde ein großer Plan umgesetzt, bei dem mittels der Einwanderung die »Substanz des deutschen Volkes« zerstört werden solle. Zur Dramatisierung werden gerne auch Begriffe aus Kriegsgeschehen verwendet – dann kommt Migration als Invasion daher. Angesichts einer Entwicklung, die von Rassist\*innen als Apokalypse wahrgenommen wird, kann die Zunahme von rassistischer Gewalt nicht verwundern, von der sich die Täter\*innen ein Ende dessen erhoffen, was sie als liberale Asylpolitik wahrnehmen.

Wer das System beseitigen will, benötigt eine Rechtfertigung – und muss die Handelnden mit dem Glauben ausstatten, ihr Tun entspreche höheren moralischen Zielen. Entsprechend finden sich in Verlautbarungen der extremen und populistischen Rechten der letzten Jahre vermehrt Verweise auf den Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz. Dieser lautet schlicht: »Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.«

Die Berufung auf diesen Absatz ist zunächst mit dem Bemühen verbunden, die demokratischen Parteien dieser Gesellschaft als diejenigen zu markieren, die »diese Ordnung« (gemeint ist der demokratische und soziale Bundestaat Deutschland mit seiner verfassungsmäßigen Ordnung) beseitigen, indem sie Einwanderung zulassen. Erst auf

Grundlage dieser (absurden) Annahme werden dann von Autor\*innen der extremen Rechten Schriften verfasst, in denen im Detail erläutert wird, welche Widerstandshandlungen nach Art. 20 Abs. 4 GG gerechtfertigt und dass Polizist\*innen und Bundeswehrangehörige zum Widerstand gegen die Migrations- und Asylpolitik verpflichtet seien. Auf diese Weise setzen sich Akteur\*innen selbst ins Recht, die in ihrem Tun völkischen Nationalismus und Antisemitismus wieder zur unbegrenzten Grundlage allen staatlichen Handelns machen wollen.

Auch bei den zahlreichen Versammlungen der Pandemieleugner\*innen findet sich das Widerstandsnarrativ. Es ist Teil einer Selbstinszenierung und Selbstvergewisserung, die dem eigenen Handeln – der Übertretung von Verordnungen und Gesetzen sowie Angriffen auf Polizei, Journalist\*innen, Politiker\*innen und Gegendemonstrant\*innen – Legitimität zuschreiben soll. Schließlich – so die gern gepflegte Legende – verteidige man sich ja nur gegen die Verwirklichung eines niederträchtigen Plans.

Die Prominenz des rechten Redens vom »Widerstand« ist ein Alarmsignal. Es zeigt, dass die Entgrenzung von Gewalt als legitim angesehen wird – um das Phantasma »völkischer Reinheit« zu retten oder der »großen Verschwörung um Corona« den Gar auszumachen.

FABIAN VIRCHOW IST PROFESSOR FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN AN DER HOCHSCHULE DÜSSELDORF. ZU SEINEN FORSCHUNGSSCHWERPUNKTEN GEHÖREN RECHTSEXTREMISMUS UND POLITISCHER PROTEST. ER IST MITHERAUSGEBER DER NEUEN ZEITSCHRIFT FÜR RECHTSEXTREMISMUSFORSCHUNG« (»ZREX«).